
Fragile Staaten

Wie sich die Lage in Kirgisistan verbessern lässt

Prof. Michelle Leighton

Entlang der alten Routen der Seidenstraße, die durch Kirgisistan führten, haben sich im Laufe der Jahrhunderte Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Herkunft angesiedelt. Heute ist die Situation im Land sehr instabil und durch Armut und Konflikte zwischen benachbarten Regionen gekennzeichnet.

Die Lage in Kirgisistan ist beispielhaft für die Situation zahlreicher anderer armer Länder, die ebenfalls Konflikte und schwere Krisen durchgemacht haben. Die neuen Machthaber verwenden viel Zeit darauf, ihr geschwächtes Land neu aufzubauen. Sie gestalten politische Prozesse um, erlassen neue Dekrete, reißen Statuen nieder oder errichten neue und besetzen Institutionen mit neuen Mitarbeitern. Sie hoffen, so die künftige Entwicklung ihres Landes zu sichern und die Legitimation durch das Volk zu erlangen. Dabei müssen sie oft feststellen, dass Korruption sowie die Zerstörung der natürlichen Ressourcen und der Infrastruktur die Sicherheit der Bevölkerung bedrohen. Das ist Zündstoff für neue politische Konflikte. Um Stabilität zu erreichen, muss man sich ernsthaft um die Lösung dieser Probleme bemühen. Leider wird häufig genau das versäumt.

Seit Kirgisistan 1991 seine Unabhängigkeit von der ehemaligen Sowjetunion erklärte, hat das Land zwei blutige Revolutionen erlebt, die letzte im Jahr 2010. In der Folge kam es zu massiven ethnischen Konflikten und Gewalttaten, weshalb 110.000 Menschen außer Landes flohen und weitere 300.000 aus ihren Heimatregionen vertrieben wurden. Vor Kurzem wurde ein neuer Präsident gewählt. Die Frage ist nun, ob das Land es schafft, jenseits der politischen Manöver ethnische Konflikte und die Korruption zu überwinden und die Lebensumstände der überwiegend armen, ländlichen Bevölkerung zu verbessern.

Die Jahre seit der Unabhängigkeitserklärung waren geprägt von Korruption, Unterdrückung der Zivilgesellschaft, Umweltzerstörung und ethnischer Gewalt. Arbeitslosigkeit und Armut nehmen stetig zu, und immer mehr Menschen wandern nach Kasachstan und Russland aus. Geldüberweisungen ausgewanderter Kirgisen in ihre Heimat machten 2010 fast ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts aus. Höher ist der Anteil weltweit nur noch im Nachbarland Tadschikistan sowie in Lesotho.

Usbekische Familien auf der Flucht: Die ethnisch bedingten Unruhen in Kirgisistan haben bereits Hunderte Menschenleben gefordert und 400.000 Menschen zum Auswandern gezwungen.



Warten und Hoffen: Eine Frau in der usbekischen Schule von Osh grübelt über politische Reformen nach. Die neue kirgisische Regierung hat versprochen, die Situation der Landbevölkerung zu verbessern.





Prof. Michelle Leighton war Inhaberin des Stif-
tungslehrstuhl „Chair on
Social Vulnerability“ an
der UN-Universität in Bonn.
Sie arbeitet derzeit am
Tian Shan Policy Center in
Bishkek, Kirgisistan. Dort
untersucht sie Aspekte der
Fragilität in Zentralasien.

Obwohl 75 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen privatisiert wurden, ist die Produktivität gesunken. Das Land muss wichtige Agrarprodukte in großen Mengen einführen, zum Beispiel 43 Prozent seines Bedarfs an Weizen. Weil viele Familien von der Landwirtschaft allein nicht leben können, gehen immer mehr Menschen ins Ausland, um die Daheimgebliebenen mit ihrem Einkommen zu unterstützen.

Die geringe Produktivität in der Landwirtschaft hat im Wesentlichen drei Gründe. Erstens die Bodenerosion, sie betrifft bereits mehr als 65 Prozent der Anbaufläche. Eine weitere Ursache sind extreme Wetterereignisse, die etwa drei- bis viermal pro Jahr auftreten. Die einkommensschwache Landbevölkerung ist von den Folgen derartiger Naturkatastrophen besonders stark betroffen. Schwere Hagelstürme, Überschwemmungen und Erdbeben im Winter, Frosteinbrüche im Frühjahr und Dürreperioden im Sommer erschweren profitables Wirtschaften. Der dritte wesentliche Grund sind fehlende staatliche Investitionen in den Agrarsektor, beispielsweise um die Bevölkerung in nachhaltiger Landbewirtschaftung zu schulen.

Diese Probleme werden sich künftig wahrscheinlich verschärfen. Neuen Klimamodellen zufolge steigen die Durchschnittstemperaturen in Zentralasien bis 2020 um zwei Grad Celsius. Dieser Anstieg wird voraussichtlich dazu führen, dass die Wetterextreme in Kirgisistan zunehmen. Außerdem gehen internationale Behörden davon aus, dass die Nahrungsmittelpreise im Land ansteigen. Die Regierung warnt bereits vor einer künftigen Energieknappheit.

Ob es angesichts steigender Nahrungsmittel- und Energiepreise zu Unruhen kommen wird, lässt sich derzeit nicht absehen. Allerdings wäre es nicht das erste Mal. Auch die Proteste im April 2010 wurden durch einen plötzlichen Preisanstieg ausgelöst. Die Polizei eröffnete damals das Feuer auf die Demonstranten, 86 Menschen starben. Die anschließenden Massenproteste mündeten in eine weitere Revolution, die zum Sturz der Regierung Bakijew führte. Das Machtvakuum infolge des Regimewechsels heizte die Konflikte zwischen den Clans im Süden des Landes an und führte in den Städten Osh und Jalalabad zu blutigen ethnischen Auseinandersetzungen.

Es bleibt die Frage, ob die neue Regierung die richtigen Prioritäten setzt. Es gilt, sich mit Investitionen ernsthaft zu bemühen, die Situation der Landbevölkerung, welche den Großteil der Wahlberechtigten ausmacht, zu verbessern. Internationale Geldgeber haben zwar Unterstützung zugesagt – angesichts der schlechten Wirtschaftslage in Europa ist aber fraglich, ob diese von Dauer sein wird. Der Regierung bleibt womöglich nur wenig Zeit zu handeln, das heißt, sich in Zusammenarbeit mit den Betroffenen vor Ort mit den Folgen des Klimawandels zu befassen und Projekte, Finanzierungs- und Versicherungslösungen anzustoßen. Auf Dorfebene in Aus- und Weiterbildung, Verbesserung der Anbaumethoden und entsprechende Infrastrukturen zu investieren ist beileibe kein neues Konzept, aber eines, das mehr Anwendung erfahren sollte. In einem Land wie Kirgisistan, das immer wieder von Revolutionen heimgesucht wird und zunehmend unter den Folgen des Klimawandels leidet, muss die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung gegenüber Umweltrisiken oberste Priorität haben.